



*Idylle am Land: wem gehört die Heimat – und wer gehört dazu?*

## Eine neue Herausforderung für ländliche Gemeinden

Konfliktdynamiken im Zuge der Unterbringung von AsylwerberInnen

von Hanna Westman und Anna Wyschata.

Die Zahl der Asylanträge ist in Österreich von 2003 auf 2004 um rund ein Viertel gesunken. Bis Ende Oktober 2005 wurde ein weiterer Rückgang um 15 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres verzeichnet. Gründe dafür sind, so das Innenministerium, strengere Grenzkontrollen in den neuen EU-Ländern und das verschärfte Asylgesetz. Dennoch besteht bei vielen der Eindruck, dass Österreich mit einer immer größeren Zahl von Flüchtlingen konfrontiert ist, nicht zuletzt durch die Neuregelung der Unterbringung von AsylwerberInnen: im Mai 2004 wurde die Zuständigkeit für die Unterbringung vom Bund an die Länder abgegeben. In dieser so genannten Grundversorgungsvereinbarung der Bundesregierung und der Länder wurde

auf Basis der Volkszählung 2001 für jedes Land eine Quote festgelegt. Während der Großteil der Flüchtlinge vor Inkrafttreten dieser Quotenregelung in einigen wenigen Quartieren in Wien und Niederösterreich untergebracht war, soll nun jedes Bundesland eine gewisse Anzahl von AsylwerberInnen aufnehmen. Die jeweilige Landesregierung muss passende Unterbringungsmöglichkeiten finden. Für die Betreuung in den Grundversorgungsquartieren gibt es von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Regelungen. In Tirol zum Beispiel ist das Land für die Grundversorgung zuständig, während in Salzburg die damit verbundenen Aufgaben an die Caritas übergeben wurden.

Die Quote in Salzburg beträgt 6,43% gemessen an der Gesamtbevölkerung,

welche zur Zeit knapp nicht erfüllt wird. Zur Erreichung der Quote und zu einer gleichmäßigen Verteilung der AsylwerberInnen auf das gesamte Bundesland müssen neue Quartiere in verschiedenen Salzburger Gemeinden geschaffen werden. Für die Gemeinden bringt dies neue Erfahrungen mit sich, die nicht selten zu Konfrontationen und Konflikten führen. In der Bevölkerung kommt es häufig zu Unmutäußerungen und teilweise auch zu heftigen Widerständen. Seit September 2005 führen das Friedensbüro und die Plattform für Menschenrechte ein Projekt durch, um den in diesem Zusammenhang aufgetretenen Konflikten nachzugehen bzw. zu untersuchen, welche Faktoren Konflikte dieser Art begünstigen und welche ihnen entgegenwirken.